

Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs

Viel ist über das Erstarren der rechtsextremen Szene in den 1990er Jahren und die daraus resultierende Gewalt gegen Asylsuchende, Flüchtlinge und Migranten geschrieben und diskutiert worden. Die relativ hohen Zahlen von Asylsuchenden (ca. 450.000 Asylbewerber vor der Änderung des Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993), die Umbruchssituation in den neuen Bundesländern und die damalige Rolle der Medien sowie der Bundespolitik, die ihrerseits die fremdenfeindliche und rassistische Grundstimmung mit aufheizten, bieten ein Erklärungsmodell für die pogromartige Stimmung, die seinerzeit vorherrschte und ihresgleichen in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik sucht. Mittlerweile erscheinen die damals als sehr hoch geltenden Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen deutlich kleiner – im Vergleich zu den aktuellen Prognosen, die regelmäßig nach oben korrigiert werden und aktuell bei ca. einer Million Asylbewerbern und Flüchtlingen allein für das Jahr 2015 liegen.

Eine nahe liegende Frage ist, ob im Rahmen der aktuellen „Flüchtlingskrise“ ein ähnliches Szenario wie in den 1990er Jahren denkbar ist. Damals wie heute zieht die rechtsextreme Szene ihre Treibkraft aus der rassistischen Ideologie und dem völkischen Nationalismus. Sie wird jedoch erst dann zu einer größeren Gefahr, wenn sie unter für sie „günstigen“ politischen wie gesellschaftlichen Umständen Brücken zu den politischen Eliten und somit auch zu den Medien schlagen kann – so, wie Anfang der 1990er Jahre geschehen.

Viel wird über den „Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft“ geforscht und debattiert. In beinahe allen Untersuchungen dieser Art weisen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rassistische Einstellungsmuster hohe Zustimmungswerte in der allgemeinen Bevölkerung auf. Allerdings werden mit Verweis auf die rechtsextreme Szene allzu oft die falschen Schlüsse aus den Ergebnissen solcher Umfrage-Studien gezogen. Die hohen Zustimmungswerte zu rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungsmustern in der Bevölkerung deuten lediglich auf ein theoretisch vorhandenes Potenzial hin. Ob dieses theoretisch vorhandene Potenzial sich auch in politischen Handlungen ausdrückt, hängt jedoch weniger von der Schlagfähigkeit der

rechtsextremen Szene ab sondern vielmehr von der Art und Weise, wie politische Eliten und Medien diesem Potenzial Vorschub leisten.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen von Rechtsextremisten, sei es Gewalt, Propaganda oder Demonstrationen, haben zwei Adressatenkreise – nach innen, die eigene Gruppe und nach „oben“, die politischen Eliten und die Medien. Rechtsextremisten sehen sich selber nicht als Randgruppe, sondern als Elite, die das, was die („passive“) gesellschaftliche Mitte denkt und fühlt, zum Ausdruck bringt und gegebenenfalls auch in „ihrem Sinne“ umsetzt. Der Weg, den die rechtsextreme Szene einschlägt, führt oft nicht von unten über die Mitte nach oben, sondern von unten direkt nach oben und dann erst von oben in die gesellschaftliche Mitte. Erst wenn die politischen Eliten und die Medien ein „Problem“ entsprechend rahmen, wird es von der gesellschaftlichen Mitte als solches auch aufgegriffen und problematisiert. Erst dann kommen die vorhandenen rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungsmuster in der allgemeinen Bevölkerung zum Tragen, nicht durch die isolierte rechtsextreme Agitation. Ruud Koopmann hat diesen Prozess mit Bezug auf die frühen 1990er Jahre in Deutschland bereits in seiner Studie „A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe“ sehr gut und ausführlich beschrieben.¹

Über zwanzig Jahre nach der Änderung des Grundrechts auf Asyl steigen die Zahlen der Flüchtlinge und Asylsuchenden erstmals wieder sprunghaft an. Hinzu kommt, dass Deutschland nach ca. einem Jahrzehnt, in dem mehr Menschen auswanderten als einwanderten, in den letzten Jahren wieder ein attraktives Einwanderungsland geworden ist. Die Einwanderungs- und Asyldebatte steht also wieder einmal im Mittelpunkt und mit ihr ein Wiederaufleben rassistischer und rechtsextremer Mobilisierung. Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind zwar aktuell weniger günstig für die rechtsextreme Szene als noch Anfang der 1990er Jahre. Auch wenn Deutschland nun ein Einwanderungsland sein will, auf politischer Ebene herrscht noch keine Einigkeit über das „Wie“ – was im Fehlen einer zielorientierten und konzeptionellen Einwanderungspolitik zum Ausdruck kommt. Der Rassismus hingegen erweist sich unverändert als das bindende und mobilisierende Element innerhalb des rechtsextremen sowie rechtsextrem-affinen Milieus und damit als einzige realistische Chance dieser Milieus, ihre Inhalte bei den politischen Eliten und in den Medien zu platzieren.

¹ Koopmanns, Ruud: A Burning Question: Explaining the Rise of Extreme Right Violence in Western Europe. Discussion Paper FS III 95-101. Wissenschaftszentrum Berlin, 1995.

Die rechtsextreme Szene im Nordwesten Brandenburgs hat sich in den letzten Jahren neu aufgestellt und der Verfassungsschutz weist diese Region in seinem aktuellen Bericht als neuen Schwerpunkt des Rechtsextremismus im Land Brandenburg aus.² Viele Mitglieder der rechtsextremen Szene im Nordwesten Brandenburgs reisten zu den Pegida-Demonstrationen nach Dresden. Sie kehrten, inspiriert von deren „revolutionärem Geist“, euphorisiert nach Brandenburg zurück und trugen ihre rassistische und völkische Ideologie unter dem Deckmantel der „besorgten Bürger“ verstärkt auf die Straße, um gegen Asylbewerber-Unterkünfte und „Überfremdung“ mobil zu machen. Pegida diente ihnen jedoch nicht als Vorbild, sondern lediglich als geeignete „Welle“, um das Thema Flüchtlinge und Einwanderung in ihrem Sinne an die Oberfläche zu spülen.

Rassistische Mobilisierung der extremen Rechten in Nord-West-Brandenburg

Die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge und Asylbewerber begann zunächst im Internet – bevor sie sich auf den Straße fortsetzte. Fast überall dort, wo neue Flüchtlingsunterkünfte entstehen sollten, erschienen auch so genannte „Nein zum Heim in...“-Seiten auf Facebook. Im Landkreis Oberhavel entstanden z. B. die Facebookseiten „Nein zum Heim in Gransee“, „Nein zum Heim in Oranienburg“, „Nein zum Heim in Hennigsdorf“, „Nein zum Heim im Löwenberger Land“ und „Nein zum Heim in Zehdenick“. Der Verfassungsschutz Brandenburg vermutet hinter diesen Seiten die NPD.³

Diese These wird aus MBT-Sicht auch dadurch bestätigt, dass keine der Anti-Asyl Seiten in der Prignitz und in Ostprignitz-Ruppin, wo eher regionale Freie Kräfte als die NPD aktiv sind, das „Logo“ von „Nein zum Heim“ übernommen haben. Hier nennen sich die dementsprechenden Facebookseiten z. B. „Wittstock sagt NEIN zur Asylpolitik“, „Pritzwalk sagt NEIN zur Asylpolitik“, „Neustadt/Dosse sagt NEIN zur Asylpolitik“, oder auch „Karstädt wehrt sich“. Diese Seiten unterscheiden sich allesamt offensichtlich in ihrer Machart, was darauf hinweist, dass es sich hier nicht um ein zentralisiert gesteuertes Projekt handelt, sondern dass die Macher autonom agieren. Auf den Anti-Asyl Facebookseiten zu Ostprignitz-Ruppin und Prignitz ist in der Regel

² Vgl. Ministerium des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg 2014, S. 6-7.

³ Verfassungsschutz gegen Facebook-Hetze, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.10.2013.

kein weiteres strategisches Ziel erkennbar als das Einschwören der eigenen Gruppe bzw. des eigenen Milieus auf das Thema und die dadurch resultierende rassistische Mobilisierung der lokalen Szene. Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin ist zwar der Neuruppiner NPD Stadtverordnete Dave Trick sehr aktiv, aber er ist für regionale Aktionen faktisch auf die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland angewiesen.

Ein anderes Bild entsteht hingegen im Landkreis Oberhavel, wo funktionierende und gewachsene NPD-Strukturen existieren. Hier heißen alle Anti-Asyl Facebookseiten „Nein zum Heim in...“; es gibt sie an nahezu jedem Ort, an dem eine Asylunterkunft existiert und ihre Machart ist identisch, wenngleich sie sich optisch marginal von einander unterscheiden. Auch kommentieren regelmäßig lokale NPD-Mitglieder auf diesen Seiten. Eine weitere Gemeinsamkeit teilen alle Facebookseiten in Oberhavel. Die Macher legen großen Wert darauf zu betonen, dass sie „keine Nazis“ seien, nicht von der NPD gesteuert sind und dass sie keine Hetze betreiben wollen. Sie würden lediglich ein Forum „besorgter Bürger“ sein, welches sich über die „Asylproblematik“ austauschen will, da dies über die konventionellen Medien nicht möglich sei. Beim Betrachten der Oberhavler Facebookseiten wird jedoch schell ersichtlich, dass es sich hier um ein gemeinsames Projekt mit strategischen Zielen handelt, das eine einheitliche Handschrift aufweist.

Bei den zwei unterschiedlichen rechtsextremen Gruppierungen – auf der einen Seite die Freien Kräfte Wittstock/Dosse, die Freien Kräfte Prignitz und die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland und auf der anderen Seite die NPD/ JN in Oberhavel – werden verschiedene Strategien sichtbar, die jedoch das gleiche Ziel verfolgen. Beide versuchen, die Asylpolitik und das damit verbundene fremdenfeindliche und rassistische Mobilisierungspotenzial oben auf der Agenda der politischen Eliten und der Medien zu platzieren. Die einen favorisieren hierfür spektakuläre Aktionen, durchaus auch mit Gewaltanwendung, ausgehend von einer kleinen elitären Gruppe von „Widerstandskämpfern“, die anderen hingegen versuchen es über die Inszenierung einer „bürgerlichen Revolte“ gegen die herrschende Asylpolitik. Beide Strategien dokumentieren sich im unterschiedlichen Auftreten der Protagonisten, sei es auf Facebook oder auf der Straße.

Wie bereits erwähnt, hält die rechtsextreme Szene, insbesondere in Wittstock und in der Prignitz, Distanz zur NPD. Bereits Anfang 2004 löste sich der komplette NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin unter der damaligen Führung von Mario Schulz auf und gründete gemeinsam mit dem damaligen brandenburgischen Vorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten (JN), Jens Pakleppa, die „Bewegung neue Ordnung“ (BNO). Sie trat unter verschiedenen Namen auf und wurde 2006 als „Schutzbund Deutschland“ vom brandenburgischen

Innenministerium verboten. Die BNO lehnte sich bei ihrer Programmatik stark an das 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahr 1920 an. So standen im Mittelpunkt ihrer programmatischen Schriften völkische und revisionistische Positionen wie das Ziel des Aufbaus einer Volksgemeinschaft und die Angliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Grund für die Spaltung war eine NPD-interne Auseinandersetzung wegen der Kandidatur des bosnischstämmigen Mitgliedes des NPD-Kreisverbandes in Trier, Safet Babic, der auf der Wahlliste der NPD zur Europawahl angetreten war. Daraus folgte Schulz, dass die NPD das „Abstammungsprinzip“ verraten habe, somit nicht mehr „rassistisch genug“ sei und damit ihr wahres Gesicht als „Systempartei“ gezeigt habe.⁴ Diese Haltung ist auch heute noch für die rechtsextreme Szene im äußersten Nordwesten Brandenburgs prägend.

Es ist somit kein Wunder, dass nun die Kleinstpartei „Der III. Weg“ insbesondere im äußeren Nordwesten Brandenburgs aktiv wird. Die Organisation „Der III. Weg“ ist erst seit dem Jahr 2015 in Brandenburg aktiv, was mit dem Zuzug eines ihrer führenden Aktivisten, Mathias Fischer, aus Bayern nach Angermünde im Jahr 2014 zusammen hängt. „Der III. Weg“ gilt als elitäre und straff durchorganisierte Vereinigung, bei der zwar jeder Fördermitglied werden kann, aber nur ausgewählte Personen nach Durchlaufen einer dementsprechenden „Schulung“ in den Kreis der aktiven Mitglieder aufgenommen werden dürfen. „Der III. Weg“ wurde 2013 gegründet, um dem Verbot des Freien Netzes Süd im Jahr 2014 zuvorzukommen. Die Organisation pflegt u. a. auch internationale Kontakte, wie z. B. zu der rechtsextremen griechischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte).⁵

„Der III. Weg“ machte erstmals in Brandenburg auf sich aufmerksam, als im Winter 2014/15 sein Leitfaden unter dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft – wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“ kursierte. Am 28. März 2015 trat Mathias Fischer bei einer Demonstration in Wittstock/ Dosse unter dem Motto „Wittstock sagt nein zur Asylpolitik“ das erste Mal öffentlich als Redner in Brandenburg auf. Mike Eminger, der am 18. April 2015 auf einer Kundgebung in Brandenburg/Havel die Gründung eines Stützpunktes des „III. Weges“ in Brandenburg verkündete, war bereits gewissermaßen als Vorbote auf einer Demonstration zum gleichen Thema am 6. Dezember 2014 in Wittstock dabei. Die Demo-Route der Rechtsextremen führte durch ein Wohngebiet,

⁴ Vgl. Scuteri, Nicola: Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“, in Hülsemann, Wolfram/Kohlstruck, Michael (Hg): Einblicke II. Potsdam 2004, S. 79-94.

⁵ Vgl. den Beitrag von Michael Kohlstruck und Alexander Lingk in diesem Band.

in dem syrische Flüchtlinge erst seit Kurzem eine Bleibe gefunden hatten. Die Zwischenkundgebung des angemeldeten „Fackelmarsches gegen die herrschende Asylpolitik“ fand direkt vor einem Gebäude statt, in dem eine syrische Flüchtlingsfamilie zu Hause ist.⁶



Fackelmarsch gegen Asylsuchende am 6. Dezember 2014 in Wittstock

Mike Eminger ist der Zwillingbruder von André Eminger, der im NSU-Prozess mitangeklagt ist. Die Kontakte von Mike Eminger zur rechtsextremen Szene in Nordwest Brandenburg sind jedoch schon wesentlich älter. Er war bereits vor gut zehn Jahren bei der Gründung der „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO) aktiv und zeichnete im Sinne des Presserechts für die Flugblätter des Schutzbund Deutschland verantwortlich.⁷

Die völkische Ideologie, die keine „Fremdkörper“ in ihrer so genannten Volksgemeinschaft duldet, dominiert innerhalb der Freien Kräfte im Nordwesten Brandenburgs gegenüber einem Rassismus, der sehr wohl Menschen

⁶ Vgl. Richter, Gerhard: Flüchtlinge Willkommen in Wittstock? (Reportage) Deutschlandradio Kultur, 8.3.2015, http://www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlinge-willkommen-in-wittstock.1076.de.html?dram:article_id=313611. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Websites zuletzt am 26.11.2015 aufgerufen.

⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Bewegung_Neue_Ordnung (zuletzt: 26.9.2015).

fremder „Rassen“ innerhalb der Gesellschaft dulden kann, ihnen jedoch nicht die gleichen Rechte wie der weißen bzw. der germanischen „Rasse“ zugesteht und bestimmte Gruppen von Menschen, die als „fremd“ definiert werden, in einer untergeordneten Position innerhalb der Gesellschaft fixiert. Bei der NPD und ihrer rassistischen Kampagne in Oberhavel dominiert somit das rassistische Element gegenüber dem Völkischen, da dies wesentlich anschlussfähiger und auch „passender“ zur aktuellen Asyl- und Flüchtlingsthematik ist.

Auf der Facebookseite „Wittstock sagt nein zur Asylpolitik“ findet sich ein Forum, an dem nur teilnehmen kann, wer in Wittstock geboren ist („Geboren in Wittstock und darauf bin ich stolz“) – ca. 60 Personen gehören diesem Forum an. Hier dient das soziale Netzwerk der Mobilisierung der eigenen Szene, insbesondere durch die Darstellung von „Migrantengewalt“, die die eigene Gewalt- und Aktionsbereitschaft legitimieren soll. Der Zugang zu den Facebookseiten von „Nein zum Heim“ in Oberhavel ist hingegen völlig offen für jeden. Die Macher und Moderatoren sorgen nur im Hintergrund dafür, dass die rassistische Stoßrichtung der Seiten beibehalten wird. Viele dort diskutierten Themen finden auch ihren Weg in die „Normalbevölkerung“, es werden u. a. gezielt Gerüchte und Falschmeldungen über Flüchtlinge in Umlauf gebracht. So wurde berichtet, dass Flüchtlinge im Rewe-Supermarkt in Lehnitz stehlen würden und es eine Vereinbarung gäbe, diese Diebstähle nicht zu melden, während der Landkreis die Kosten für die gestohlenen Waren übernehmen würde.⁸ Diese Meldung, die vom Filialleiter des Rewe-Marktes und dem Landkreis Oberhavel öffentlich dementiert wurde, wird jedoch immer wieder bei lokalen Einwohnerversammlungen von einzelnen Bürgern wiederholt.

Wie bereits weiter oben ausgeführt, folgte der Mobilisierung im Web 2.0 die Mobilisierung auf der Straße. Inspiriert von den Pegida-Märschen in Dresden begann die rechtsextreme Szene in Oberhavel ab Dezember 2014 zu so genannten „Abendspaziergängen für eine angemessene Asylpolitik“ aufzurufen und diese im monatlichen Takt von Dezember 2014 bis April 2015 auch durchzuführen. Schwerpunkt der monatlichen Abendspaziergänge waren die Stadt Oranienburg mit fünf Abendspaziergängen und die Stadt Zehdenick mit zwei Abendspaziergängen. Im Herbst 2015 wurde über die „Nein zum Heim“-Seiten auf Facebook die „Saison der Abendspaziergänge“ wiedereröffnet und es fand ein dritter Abendspaziergang am

⁸ Anonyme Hetzkampagne gegen Asylbewerber, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.4.2015, abrufbar unter: <http://www.maz-online.de/Lokales/Oberhavel/Verfassungsschutz-gegen-Facebook-Hetze>.

2. Oktober 2015 in Zehdenick, ein sechster Abendspaziergang in Oranienburg am 4. November 2015 und ein erster Abendspaziergang in Velten am 5. November 2015 statt. Dieses Oberhaveler Modell der „Abendspaziergänge für eine angemessene Asylpolitik“ hat nun mittlerweile auch den Landkreis Ostprignitz-Ruppin erreicht, dort fanden am 6. November 2015 in Lindow und am 7. November 2015 in Rheinsberg ebenfalls derartige Abendspaziergänge mit NPD-Beteiligung statt. Weitere Abendspaziergänge sind bereits angekündigt und sollen folgen.

Die Abendspaziergänge in Oberhavel gehören – im Vergleich zu ähnlichen an Pegida angelehnten Anti-Asyl Demonstrationen im Land Brandenburg – zu den am meisten aufgesuchten Veranstaltungen. Beobachtet wurden bis zu ca. 350 Teilnehmer/innen. Wie bereits auf den Facebookseiten von „Nein zum Heim“, versuchen die Macher im Hintergrund den Anschein einer „bürgerlichen Revolte“ gegen die Asylpolitik der Bundesregierung aufrecht zu erhalten und die Verbindungen zum organisierten Rechtsextremismus zu verschleiern und nach außen hin auch offensiv zu negieren.

Die Oberhaveler Abendspaziergänge wurden jedoch sehr wohl im Hintergrund von der NPD/JN initiiert und gesteuert. Für die Anmeldungen der Abendspaziergänge werden unverdächtige Strohmänner zwischengeschaltet. Der Anmelder der ersten fünf Oranienburger Abendspaziergänge etwa, Carlo-Eik Christopeit, ist zwar in der Vergangenheit nicht als aktiver Rechts-extremist aufgefallen und negiert nach außen hin, der NPD/JN nahe zu stehen. Gleichwohl gab er selber zu, bei der Anmeldung des ersten Abendspaziergangs in Begleitung des JN-Aktivisten Martin Ulbricht gewesen zu sein.⁹ Martin Ulbricht (JN) trat wiederholt als Redner bei den Oranienburger Abendspaziergängen auf. Auch Aileen Rokohl (NPD Barnim) war beim ersten Oranienburger Abendspaziergang als Rednerin aufgetreten. Vereinzelt übernahmen JN-Aktivisten wie Philip Badzong auch Ordnerdienste, die Technik wurde auf allen bislang stattgefundenen Abendspaziergängen in Oberhavel von der NPD/JN bereitgestellt und betreut. Der NPD Stadtverordnete aus Velten, Robert Wollinski, der u. a. auf den „Nein zum Heim“-Seiten sehr aktiv ist, war bislang bei allen Oberhaveler Abendspaziergängen anwesend und wurde von Beobachtern regelmäßig als Ansprech- und Verhandlungspartner für die Polizei wahrgenommen.¹⁰

In ihrer Außendarstellung versuchten sich die Oberhaveler Abendspaziergänge an Pegida zu orientieren, indem sie beispielsweise deren Forderungen auf den Kundgebungen vorlasen, Deutschlandfahnen und später auch die

⁹ Oranienburg „spaziert“ rechtsextrem, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 2.2.2015.

¹⁰ <http://www.inforiot.de/neonazistische-demonstrationen-in-oranienburg-und-velten>.

Wirmer-Flagge¹¹ schwenkten, während sich die NPD/JN nach außen bewusst nicht über eigene Fahnen zu erkennen gab. Allerdings wurde auf den beiden Abendspaziergängen in Oranienburg und Velten im November 2015 ein großes Banner mit der Aufschrift „Asylbetrug macht uns arm“ mitgeführt, was nahezu exakt dem Werbematerial der NPD entsprach – lediglich das Partei-Kürzel fehlte.¹² Viele bekannte Personen und Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum der NPD/JN sowie der Freien Kräfte, wie beispielsweise die Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland und die Initiative „Ein Licht für Deutschland – gegen Überfremdung“ waren bei den Abendspaziergängen vertreten. Anders jedoch als bei rechtsextremen Veranstaltungen in der Vergangenheit schafften sie es, nicht nur die eigenen Mitglieder/ Aktivisten und üblichen rechtsextremen Reisekader zu mobilisieren. In einer Zeit der rasant ansteigenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen war es ihnen möglich, durch rassistische Mobilisierung im Netz und auf der Straße eine direkte Verbindung zu ihren Sympathisanten und deren geistigem Umfeld herzustellen.



„Abendspaziergang“ in Oranienburg am 16. Dezember 2015

¹¹ <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/service-was-ist-das-eigentlich-immer-f%C3%B4Cr-eine-fahne-mit-kreuz-bei-pegida-und-co-9970>.

¹² <http://www.infortiot.de/velten-abendspaziergang-knuepft-an-npd-nahe-aufzuege-in-oranienburg-an>.

Die Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland unterscheiden sich von anderen Ländern im Wesentlichen durch die nationalsozialistische Vergangenheit. Damit sind die Hürden, sich offen zum Rechtsextremismus/ Neonazismus zu bekennen, für viele Menschen generell höher als anderswo. Wie auch bei den Diskussionen auf den „Nein zum Heim“-Seiten, war es vielen Teilnehmer/innen an den Abendspaziergängen ein wichtiges Anliegen, nicht als „Nazis“ verteufelt zu werden. Dieses Anliegen wurde allerdings immer nur pauschal als Lippenbekenntnis nach außen verkündet („Ich/Wir sind keine Nazis...“), ohne dass es sich jemals in der rassistisch/völkischen Ausrichtung oder in einer konkreten Abgrenzung gegenüber der NPD/JN und anderen beteiligten rechtsextremen Organisationen niederschlug. Im Gegenteil, der Ausruf „Wir sind keine Nazis“ sollte die NPD/JN und andere rechtsextreme Organisationen, die sich dem Asylthema widmeten, reinwaschen.

Die NPD/JN in Oberhavel schaffte es bis zu einem gewissen Punkt, über die rassistische Mobilisierung via Facebook und die Abendspaziergänge ihre Zielgruppe und ihr erweitertes Umfeld besser zu erreichen und zu aktivieren als noch vor einigen Jahren. Die rechtsextreme Szene in der Prignitz und der Ostprignitz hat es ebenfalls geschafft, sich neu zu formieren, zu vernetzen und sich im Rahmen der Asyldebatte als Widerstandskämpfer für die Erhaltung des „deutschen Volkes“ in Position zu bringen. Allerdings haben es beide Gruppierungen mit ihren Strategien bislang nicht geschafft, das Asylthema in ihrem Sinne in den so genannten „Systemmedien“ und bei den politisch Verantwortlichen zu platzieren. Anstatt weiter in die Breite zu gehen, ist bei tendenziell zunehmender Teilnehmerzahl ein Radikalisierungsprozess zu beobachten, der sich u. a. in den immer kruderer Beiträgen der entsprechenden Facebookseiten sowie auch bei den immer klarer zum Ausdruck gebrachten rassistisch/völkischen Slogans und Reden der Abendspaziergänge und anderer Aktionen zeigt.

Die „bürgerliche Revolte“ gegen den „Überfremdungswahn“ der Bundesrepublik ist in Brandenburg bis dato, im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren, weitestgehend ausgeblieben. Im Gegenzug formierte sich eine „bürgerliche Revolte“ der anderen Art, die so genannten „Willkommensinitiativen“.

Ein neues bürgerliches Phänomen: Die „Willkommensinitiativen“

Fast zwei Jahrzehnte lang sanken die Asylbewerberzahlen in ganz Deutschland. Nach den bewegten 1990er Jahren wurde den Themen Flucht und Asyl in den 2000er Jahren immer weniger Aufmerksamkeit geschenkt, nur

Fachleute und kleine Gruppen von Polit-Aktivist*innen blieben weiter an diesem Thema dran. Selbst für das MBT und die RAA spielte das Thema nur marginal und punktuell eine Rolle. In Brandenburg existierten zwar weiterhin Asylbewerberheime, aber in der Regel nur an einem einzigen Standort pro Landkreis. Viele dieser Asylbewerberheime waren außerdem bis vor einigen Jahren nicht ausreichend ausgelastet, so dass hier und da über deren Schließung diskutiert und diese in einigen Fällen, etwa in der Prignitz, auch vollzogen wurde.

Organisierte Gruppen von Ehrenamtlichen, die über die praktische Hilfe für Asylbewerber hinaus das Thema auch politisch im Gemeinwesen verankerten, gab es nur sehr wenige. Eine solche Initiative war und ist weiterhin der „Hennigsdorfer Ratschlag“, der seit Ende der 1990er Jahre das Thema bearbeitet und somit vielleicht die älteste kontinuierlich arbeitende „Willkommensinitiative“ im Land Brandenburg ist. Auch wenn es solche Gruppen vereinzelt im Land Brandenburg gab, so kann doch von einem neuen gesellschaftlichen Phänomen gesprochen werden.

Als Mobiles Beratungsteam hatten und haben wir seit den 1990er Jahren u. a. die Aufgabe, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu fördern und zu unterstützen. Obwohl rechtsextreme Vorkommnisse zum Alltag gehörten, war es anfangs ein sehr zäher und langwieriger Prozess, bevor nach und nach vielerorts arbeitsfähige Bündnisse gegen Rechtsextremismus entstanden. Mit dem starken Anstieg der Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen und deren flächenmäßig breite Verteilung über das Land ab dem Jahr 2014 hingegen entstanden überall im Land – in den Berlinnahe wie in den Berlinfernen Regionen des Landes, im Dorf wie in der Kleinstadt – so genannte „Willkommensinitiativen“.

Einige der bereits bestehenden zivilgesellschaftlichen Bündnisse gegen Rechtsextremismus orientierten sich um und legten ihren Schwerpunkt auf die konkrete Unterstützung von Flüchtlingen. vielerorts brachten sich Menschen in den neu gegründeten Willkommensinitiativen ein, die vorher kaum Berührungspunkte zu diesem Themenbereich hatten. Einige von ihnen engagierten sich sogar zum ersten Mal im gesellschaftlichen Sinne, als hätten sie nur auf den richtigen Zeitpunkt gewartet. Erstaunlich ist auch die Geschwindigkeit, mit der sich viele dieser Gruppen eine funktionierende Organisationsstruktur geben konnten.

Sobald öffentlich bekannt wurde, dass Asylbewerber und Flüchtlinge im Ort eintreffen sollten – in der Regel nach einer Einwohnerversammlung – wurde von engagierten Bürgern, vereinzelt auch vom Bürgermeister selbst, zu einem Treffen zwecks Gestaltung einer Willkommenskultur vor Ort eingeladen. Der Andrang zu diesen Treffen war bislang sehr hoch. In kleineren, ländlich geprägten Gemeinden, wie Wusterhausen/Dosse oder Gransee, kamen

regelmäßig 30-50 Personen, in Dörfern wie Lentzke bei Fehrbellin ungefähr 15-20 und in berlinnahen „Speckgürtelgemeinden“ wie Borgsdorf/Hohen Neuendorf erschienen über 200 Personen beim Gründungstreffen der lokalen Willkommensinitiative. Insbesondere in bevölkerungsreichen Gemeinden im so genannten „Speckgürtel“ von Berlin sehen sich die Initiatoren der Willkommensinitiativen oft überfordert von dem großen Andrang an Menschen, die sich einbringen und helfen wollen.

Nach den ersten Treffen der Initiativen gründen sich erfahrungsgemäß Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen, wie z. B. Spendensammlung, Mobilität (z. B. Sammeln und Reparieren von Fahrrädern), Freizeit (Integration in Vereinen), Deutschunterricht und Hausaufgabenhilfe, Patenschaften, Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Erstellung und Pflege einer eigenen website). Es werden auch Willkommensfeste und Informationsveranstaltungen organisiert, Ärzte mit Fremdsprachenkenntnissen ausfindig gemacht, Übersetzerpools erstellt, Gartenland zur Verfügung gestellt, um mit Flüchtlingen gemeinsam Gemüsegärten anzupflanzen, Wegweiser und Informationsfaltblätter in verschiedenen Sprachen veröffentlicht sowie auch Informationsfaltblätter zur Sensibilisierung bzw. zum Abbau von Ängsten und Vorurteilen bei der allgemeinen Bevölkerung erstellt. Selbst Wohnungen sowie Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Flüchtlinge werden vermittelt. In Gransee hat die lokale Willkommensinitiative sogar ein Begegnungszentrum geschaffen, das Hospital Global, welches von Flüchtlingen wie Einheimischen intensiv für Aktivitäten verschiedenster Art genutzt wird.¹³

Die „Willkommensinitiativen“ sind somit weitaus mehr als eine ergänzende ehrenamtliche Unterstützung: sie füllen die Lücken (und das sind etliche), die von staatlicher Seite hinterlassen und über viele Jahre vernachlässigt wurden. Verwaltung und Politik sind in der derzeitigen Situation fast ausschließlich mit rein organisatorischen Aspekten wie Registrierung, Unterbringung, Einschulung der Kinder oder Sozialleistungen beschäftigt. Schon relativ einfache Dinge, wie z. B. das Erstellen mehrsprachiger Wegweiser für Landkreis und Kommune, werden durchweg und ohne allgemeine Vorgaben auf die Willkommensinitiativen abgewälzt. So erstellt jede Willkommeninitiative ihre eigenen lokalen Flyer und Wegweiser. Hier fehlt es an einer Koordinierung; dadurch erhöht sich die ohnehin schon bestehende Gefahr, dass sich die Willkommensinitiativen übernehmen und irgendwann „ausbrennen“ könnten. Ebenso mangelt es an Visionen und Zielformulierungen, die in ein schlüssiges Zukunftskonzept einfließen. Die Konzepte, die von Politik und

¹³ <http://www.willkommen-gransee.de/index.php/home.html>.

Verwaltung eigentlich vorgegeben werden müssten, werden bislang an der Basis von den Willkommensinitiativen selbst vor Ort entwickelt. Das bringt – bei aller Bewunderung für das außerordentliche Bürgerengagement – mittel- und auch langfristig einige Probleme mit sich.

Die Willkommensinitiativen können zwar im erheblichen Maße dazu beitragen, dass sich einzelne Flüchtlinge vor Ort integrieren können und ein gutes allgemeines Miteinander herrscht, aber in vielen übergeordneten Fragen und Herausforderungen sind ihnen schlichtweg die Hände gebunden. So wäre im Zuge der Zuwanderung von Flüchtlingen nach Brandenburg die Frage zu beantworten, wie es gelingen kann, dass ein Teil dieser Flüchtlinge, die per Zuweisung in die strukturschwachen Regionen Brandenburgs gehen, dauerhaft bleiben und sich dort eine Existenz aufbauen können.¹⁴ Hier kann es jedoch nicht allein um Ausbildungs- und Arbeitsplätze gehen oder um eine schlichte Erweiterung des gastronomischen Angebots im ländlichen Raum. Es sollte auch darum gehen, das unternehmerische Engagement von Migranten selbst mit gezielten Anreizen und Maßnahmen zu fördern und mit entsprechenden Gesetzesänderungen, insbesondere bei der Frage der Anerkennung von Berufsabschlüssen, zu flankieren.

Der Begriff der „Willkommenskultur“, der vor einigen Jahren von der großen Politik auf Bundesebene eingeführt wurde, bezieht sich ursprünglich in der Tat auf die Zielsetzung, Deutschland für Fachkräfte attraktiver zu gestalten. Gemeint war, dass im Kontext der Globalisierung und des internationalen Wettstreits um ausländische Fachkräfte bzgl. Einreise- und Aufenthaltsregelungen, Bewilligungs- und Anmeldeprozedere sowie beim Kontakt mit den Behörden Anstrengungen unternommen werden, damit sich die zuwandernden Personen erwünscht fühlen. Allgemein gesprochen kann Willkommenskultur auch als positiver „Umgang mit Vielfalt“ verstanden werden, welcher sich an alle (neu) zugezogenen Personen sowie auch die ansässige Migrationsbevölkerung richtet.

Wichtig scheint in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass der Begriff der Willkommenskultur in Deutschland mit der Forderung verbunden war, eine solche zunächst überhaupt zu etablieren. In der Tat war die Migrationspolitik der Bundesrepublik sowie auch die der DDR eher das Gegenteil von dem, was als Willkommenkultur beschrieben werden könnte. Ihr oberstes Ziel war es, darauf hinzuwirken, dass ausländische Arbeitsmigranten nach

¹⁴ Vgl. Braun, Reiner/ Simons, Harald: Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte. Empirica paper Nr.228, September 2015; abrufbar unter: <http://www.empirica-institut.de/kufa/emi228rb.pdf>.

einem befristeten Aufenthalt das Land wieder verlassen. Diejenigen Migranten (sowie deren Nachfahren), die dauerhaft in Deutschland geblieben waren, mussten sich damit abfinden, dass sie gesellschaftlich als unerwünschte Gäste galten oder als Gäste, die die Phase des „Willkommensein“ überschritten hatten. Erst mit der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 wurde, ein halbes Jahrhundert nach dem ersten Anwerbeabkommen mit Italien im Jahr 1955, formell diese Zielrichtung aufgegeben und ein neues Kapitel in der deutschen Migrationspolitik aufgeschlagen.

In punkto Willkommenskultur ist also noch einiges nachzuholen und trotz eines Sinneswandels tut sich Deutschland immer noch schwer, strategische Ziele und konzeptionelle Rahmenbedingungen für eine moderne und effektive Einwanderungs-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik zu entwickeln und umzusetzen. Die Zuwandererbevölkerung fühlt sich insbesondere bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt, in Bildungsinstitutionen und v. a. bei Behörden benachteiligt.¹⁵ Der Diskurs über qualifizierte Fachkräfte führt außerdem dazu, dass zwischen „erwünschten“ und „unerwünschten“ Migranten unterschieden wird, wie bereits die Diskussion um das seit 1. August 2015 geltende Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung gezeigt hat. Bei der Forderung, in Deutschland eine „Willkommenskultur“ zu etablieren, hatte man also nicht unbedingt an die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen gedacht. Flüchtlinge und Asylsuchende kommen ja auch nicht als angeworbene Fachkräfte mit dem Ziel der Ansiedlung nach Brandenburg, sondern als Schutzbedürftige per Zuweisung.

Interessant ist nun, dass die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer- und Unterstützerguppen der Forderung der Politik, eine „Willkommenskultur“ zu etablieren, nachgekommen sind und sich größtenteils auch unter dem Sammelbegriff der „Willkommeninitiativen“ wieder finden. Wenn Politiker z. B. von der „Willkommenskultur in Brandenburg“ sprechen, dann meinen sie somit die Willkommensinitiativen, nicht etwa einen von ihnen als Politiker in Angriff genommenen Umbau öffentlicher Einrichtungen, wie z. B. den Aufbau von „Welcome Centres“ nach kanadischem Vorbild oder ein von der Politik entwickeltes Ansiedlungskonzept. Da die Zielgruppe der Initiativen ausschließlich aus Flüchtlingen und Asylsuchenden besteht, von denen faktisch nur ein Teil Aussicht auf eine Bleibeperspektive in Deutschland hat, während ein ande-

¹⁵ Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.): Diskriminierung im Bildungsbereich und Arbeitsleben. Zweiter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des deutschen Bundestages, Berlin 2013.

rer Teil „Nicht Willkommen“ ist und zügig abgeschoben werden soll, steht das aktuelle brandenburgische Modell der „Willkommenskultur“ auf ziemlich wackligen Füßen. Mit der Gleichsetzung von Willkommenskultur und Willkommensinitiativen machen es sich Politiker hier zu einfach. Andererseits handelt es sich bei den Willkommensinitiativen um eine zivilgesellschaftliche Bewegung, auf die Politiker nur bedingt Einfluss haben, die auch in Opposition zu ihnen gehen bzw. selbst zur politischen Kraft werden kann.

Fazit

Die ursprüngliche Fragestellung, inwieweit im Rahmen der aktuellen „Flüchtlingskrise“ ein ähnliches Szenario wie in den 1990er Jahren denkbar ist, kann nicht ohne weiteres mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ beantwortet werden. Rechtsextreme und rassistisch motivierte Gewaltstraftaten sind seit dem Jahr 2014 in Deutschland und auch in Brandenburg stark angestiegen und richten sich in erster Linie gegen Flüchtlinge und Asylsuchende sowie gegen deren Unterstützer.¹⁶ Wer glaubte, dass über zwanzig Jahre nach Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda keine Asylbewerberheime mehr in Deutschland brennen würden, wurde (auch in Brandenburg) bereits eines Schlechteren belehrt. Die rechtsextreme Szene überzieht das Land Brandenburg, bei steigenden Teilnehmerzahlen, mit einer Vielzahl von Demonstrationen und Mahnwachen, die sich gegen Zuwanderung und Flüchtlingspolitik richten. Allein in den sechs Monaten von Dezember 2014 bis Mai 2015 haben jede Woche im Schnitt zwei rechtsextreme Veranstaltungen mit Asylbezug in Brandenburg stattgefunden.¹⁷ Mit Blick auf das Mobilisierungs- und Gewaltpotenzial der rechtsextremen Szene kann also kein bedeutender Unterschied zu den 1990er Jahren ausgemacht werden.

Was sich in Brandenburg aber verändert hat, ist vor allem der gesellschaftliche Umgang mit dem Rechtsextremismus sowie auch mit den Themen Flucht, Asyl und Migration. Rechtsextreme Aktionen gegen Flüchtlinge werden nicht mehr von Teilen der „Normalbevölkerung“ öffentlich beklatscht. Der Rechtsextremismus wird von den politisch Verantwortlichen meistens nicht mehr

¹⁶ Fröhlich, Alexander: Rechtsextreme Gewalt in Brandenburg steigt: Mehr politisch motivierte Kriminalität, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 16.3.2015, <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/947890>.

¹⁷ Garzke, Renè: Rechtsextremismus in Brandenburg: Großoffensive gegen Flüchtlinge, in: Potsdamer Neueste Nachrichten, 26.5.2015, <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/970595>.

kleingeredet, sondern offensiv angegangen. Polizei und Justiz scheinen genauer hinzusehen. Flüchtlinge und Asylsuchende werden in Brandenburg bislang von Medien sowie der Politik generell als Schutzbedürftige und nicht als Sündenböcke portraitiert. Insbesondere jedoch hat die Zivilgesellschaft in Brandenburg eine erstaunliche Entwicklung vollzogen und ist mittlerweile eine feste Größe, wenn es um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegen rechtsextreme und rassistische Agitation geht.

Auf der anderen Seite gibt es weiterhin einen nennenswerten Teil der Bevölkerung, der für rechtsextreme und rassistische Positionen, insbesondere bei den Themen Flüchtlinge und Asyl, empfänglich ist. Dies wird u.a. bei der Beobachtung der Diskussionen in den sozialen Netzwerken und auch bei den lokalen Einwohnerversammlungen deutlich. Flüchtlinge werden als eine soziale Gruppe mit bestimmten Eigenschaften dargestellt, etwa als Träger ansteckender Krankheiten, mit Neigung zu Gewalttätigkeit und Kriminalität, Frauenfeindlichkeit bzw. Bereitschaft zur sexuellen Belästigung. Darüber hinaus werden sie typischerweise für sinkende Grundstückspreise, Verdrängung deutscher Familien und Kinder aus bezahlbaren Wohnungen sowie Kita und Schule und vieles mehr verantwortlich gemacht. Dieses Potenzial an Vorurteilen wäre in Teilen durchaus für die rechtsextreme Szene abrufbar, sollte sich die politische Großwetterlage ändern und der Politik die „Flüchtlingskrise“ aus dem Ruder laufen.

Aus diesem Grund wäre es für Brandenburg dringend notwendig, ein weit-sichtiges Konzept der Ansiedlungspolitik für Flüchtlinge und Migranten zu entwickeln und umzusetzen. Diese Herausforderung ist allein mit der Unterstützung durch Ehrenamt und Willkommensinitiativen nicht zu meistern. Die gesamte Frage der Flüchtlings- und Migrationspolitik ist momentan stark von Emotionen geleitet; die Gesellschaft zwischen Hochgefühl und Ablehnung polarisiert. Es fehlt an politischen Konzepten und rechtlichen Rahmenbedingungen mit klaren Zielsetzungen. Die anfängliche Euphorie, Flüchtlinge willkommen zu heißen, ist bereits dabei, an Kraft zu verlieren und könnte bald in Enttäuschung und Frustration umschlagen. Dann wäre das Feld für rechtsextreme und rassistische Agitation teilweise wieder frei geräumt.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke V**

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



© Februar 2016, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel: 03 31/7 406246, 01 73 / 6489581

Fax: 03 31/7 406247

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Kerstin Palloks, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-052262-8

Inhalt

Vorwort	7
<i>Markus Klein</i>	
Welche Probleme und Potentiale ergeben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen? Steuerung von kommunalen Diskursen	9
<i>Karin Lorenz/ Jürgen Lorenz:</i>	
In Brüssel summt es oder: „Tote Hose? Fehlanzeige!“ Sozialraumbeschreibungen – eine Chance zur Aktivierung und zur Bearbeitung von „weißen Flecken“	55
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Demokratieimpulse im ländlichen Raum	73
<i>David Driese</i>	
Lebendige demokratische Strukturen. Beobachtungen und Empfehlungen für die Partizipation an politischen Prozessen in ländlichen Räumen	89
<i>Andrea Nienhuisen</i>	
Bürgerbündnisse in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen	103
<i>Nicola Scuteri</i>	
Zwischen rassistischer Mobilisierung und Willkommensinitiativen: Zur aktuellen Lage im Nordwesten Brandenburgs	139
<i>Susanne Kschenka</i>	
Die NPD und ihre Abgeordneten in den Kreistagen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg	155
<i>Dirk Wilking</i>	
Sorben/ Wenden und Rechtsextremismus	171

Michael Kohlstruck/ Alexander Lingk

Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei:

Der „III. Weg“ in Brandenburg 199

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber 223

Adressen des MBT 224